Landtag
Nordrhein-Westfalen
14. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 14/631
03.04.2008

Ausschuss für Generationen, Familie und Integration

45. Sitzung (öffentlich)

3. April 2008

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:55 Uhr

Vorsitz: Andrea Milz (CDU)

Protokoll: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz zur Änderung des Zweiten Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zur Neuordnung des Kinder- und Jugendhilferechts (Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder - GTK) **5**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/5743

Ausschussprotokoll 14/611

Stellungnahmen 14/1799, 14/1800, 14/1806, 14/1810, 14/1811, 14/1812, 14/1813

Vorlage 14/1739 (nachträglich vorgelegt)

Der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/5743 wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

2 Junge Mütter und Väter bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf von Anfang an unterstützen - Mehr Teilzeitberufsausbildungsangebote für junge Menschen mit Kindern schaffen 7

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/5577

In der sich anschließenden Abstimmung nimmt der Ausschuss den Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 14/5577 mit Stimmenmehrheit der Koalitionsfraktionen ohne Gegenstimmen bei Enthaltung durch SPD und Bündnis 90/Die Grünen an.

3 Drogenkonsum nicht kriminalisieren, Justiz nicht überlasten: „Hilfe statt Strafe“ muss oberstes Prinzip der Drogenpolitik bleiben 9

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4858

Ausschussprotokoll 14/585

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/4858 wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

4 Landesregierung muss den Bedarf an U3-Plätzen uneingeschränkt fördern! 11

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/6317

Vorlage 14/1716

Der Ausschuss verständigt sich darauf, das Thema gegebenenfalls auch schon vor Fristablauf für die mitberatenden Ausschüsse (4. Juni 2008) erneut auf die Tagesordnung zu nehmen, falls die Voten dieser Ausschüsse früher vorliegen.

5 Qualitäten für Kinder und Jugendliche nach der Föderalismusreform sichern! 15

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/3176

Ausschussprotokoll 14/412

Stellungnahmen 14/1068, 14/1085, 14/1097

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/3176 wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

6 Nordrhein-Westfalen gegen ausbeuterische Kinderarbeit 18

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5572

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/5572 wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

7 Gewalt an Schulen wirkungsvoll entgegentreten 19

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/3489

Der Ausschuss verständig sich darauf, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/3489 ohne Votum weiterzuleiten.

8 Pakt mit der Jugend 20

Vorlage 14/1707

Der Ausschuss erörtert das Thema des Tagesordnungspunktes auf der Grundlage einer vom MGFFI zur Verfügung gestellten Vorlage.

9 Konzept zur Weiterentwicklung der Landesstelle zu einem Kompetenzzentrum für Integration 22

Vorlage 14/1700 (Neudruck)

Der Ausschuss erörtert das Thema des Tagesordnungspunktes auf der Grundlage einer vom MGFFI zur Verfügung gestellten Vorlage.

10 Deutsche Islam Konferenz am 13. März 2008 in Berlin 24

Einem Bericht von Minister Armin Laschet (MGFFI) schließt sich eine Aussprache an.

11 Verzögerte Auszahlung des Erziehungsgeldes 28

PStS Manfred Palmen (IM) erstattet dem Ausschuss Bericht zum Thema des Tagesordnungspunktes. Eine kurze Aussprache schließt sich an.

12 Verschiedenes 31

a) Beschlussfassung über eine Anhörung zum Thema „Kinderschutz“

b) Reise des Ausschusses

Siehe Seite 31 des Diskussionsteils.

* * *

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt **Ausschussvorsitzende Andrea Milz** die Anwesenden und stellt sodann das Benehmen über die Tagesordnung her.

1 Gesetz zur Änderung des Zweiten Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zur Neuordnung des Kinder- und Jugendhilferechts (Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder - GTK)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/5743

Ausschussprotokoll 14/611

Stellungnahmen 14/1799, 14/1800, 14/1806, 14/1810, 14/1811, 14/1812, 14/1813

Vorlage 14/1739 (nachträglich vorgelegt)

Ausschussvorsitzende Andrea Milz erinnert an die öffentliche Anhörung zum Thema des Tagesordnungspunktes, die am 28. Februar 2008 stattgefunden habe und im Ausschussprotokoll 14/611 dokumentiert werde. In der heutigen Sitzung stehe die Aussprache an.

Wolfgang Jörg (SPD) sieht durch die Anhörung die kritisierte Unterfinanzierung der zu erledigenden Aufgaben bestätigt. Dem Gesetzentwurf in der vorgelegten Fassung könne seine Fraktion nicht zustimmen.

Nach Einschätzung aller Sachverständigen, moniert **Andrea Asch (GRÜNE)**, reichten die zur Sachkostenfinanzierung bereitgestellten Mittel nicht aus. Die fortgesetzte Sachmittelkürzung stehe im Widerspruch zu dem, was die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen angekündigt hätten, und verschärfe die Problematik. Kritik hätten selbst die kommunalen Spitzenverbände geäußert.

Marie-Theres Kastner (CDU) tritt der Bewertung durch die Oppositionsfraktionen entgegen. Zwar werde – so sei im Protokoll nachzulesen – die Situation durch die immer wieder erfolgende Fortschreibung nicht einfacher; andererseits sei der Zeitraum, der von der Regelung betroffen werde, überschaubar. Man glaube, dass es nicht mehr zu den gravierenden Einschnitten komme, weil sich inzwischen alle entsprechend eingestellt hätten. Ohnehin seien bereits alle mit der Vorbereitung des KiBiz befasst.

Auch wenn alle sicherlich von einem Mehr an Mitteln begeistert gewesen wären, so die Abgeordnete, hätten sie sich darauf nicht eingestellt. Insofern könne bis zum Inkrafttreten des KiBiz abgewartet werden.

Für **Christian Lindner (FDP)** belegen diese wie andere Ausführungen während der Anhörung, dass diese Veranstaltung eigentlich überflüssig gewesen sei. So hätten sich die Oppositionsfraktionen ja auch auf Fragen verlegt, die mit der Thematik im eigentlichen Sinne nichts zu tun gehabt hätten. Beispielsweise habe die Abgeordnete Asch wissen wollen, ob die Kommunen generell mit Fehlern der Verwaltung rechneten. Der Abgeordnete Jörg habe die KiBiz-Gehälter hinterfragt. Eine Grundsatzdebatte habe nicht stattgefunden.

Andrea Asch (GRÜNE) stellt klar, die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD hätten sich mit einer ganzen Reihe von Fragen zu Wort gemeldet. – Der von der Abgeordneten Kastner zitierte Sachverständige habe übrigens auch ausgeführt:

> Die Kürzung der Landesförderung seit 2004 ist und bleibt abzulehnen. Das gilt auch für 2008.

Diese Haltung hätten alle angehörten Sachverständigen geteilt.

Den Bezug zum KiBiz hätten die Sachverständigen hergestellt und darauf aufmerksam gemacht, dass Grundlage für die Pauschalen im KiBiz die gekürzten Sachkostenpauschalen und Mittel für Betriebsausgaben 2005 seien, die allerdings nicht auskömmlich wären. Dieser Sachzusammenhang bestehe also.

Die Regierungskoalition habe den Konsolidierungsbeitrag der Träger nur ungern fortgeschrieben, konstatiert **Christian Lindner (FDP)**. Damit habe man den von der vorherigen Regierungskoalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen eingeleiteten Konsolidierungskurs mit dem KiBiz korrigiert. Der Haushaltsansatz für dieses und das nächste Jahr steige und werde durch Bundesmittel ergänzt. Dass in diesem Jahr 1 Milliarden € verausgabt werden könnten, habe konkrete Auswirkungen vor Ort. Auf die Möglichkeit der Einrichtungen, im Trägerverbund querzufinanzieren, weise er bei der Gelegenheit hin.

> Der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/5743 wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen angenommen.